

Informationen

<https://doi.org/10.1515/iwp-2021-2199>

Wissenschaftsbarometer 2021: Vertrauen in Wissenschaft und Forschung weiter hoch

Seit dem Jahr 2014 misst die gemeinnützige Organisation *Wissenschaft im Dialog* (WiD) regelmäßig die Einstellungen der Bevölkerung zu Wissenschaft und Forschung durch den Wissenschaftsbarometer. Dieser wird durch bevölkerungsrepräsentative Umfragen ermittelt.

Im letzten Jahr thematisierte der Wissenschaftsbarometer 2020 die veränderte Haltung der Menschen zu Wissenschaft und Forschung durch die Corona-Pandemie. Da das Thema in diesem Kontext von besonderer Bedeutung war, gab es laut „Corona Spezial“ zwei zusätzliche Erhebungen, die verdeutlichen: Das Vertrauen der Bevölkerung in Wissenschaft und Forschung ist hoch – selbst in Krisenzeiten.

Auch 2021 bestimmt das Virus noch unser Leben: Die vierte Datenerhebung während der Corona-Pandemie zeigt wie wichtig regelmäßige Wissenschaftssurveys sind, um die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu diesem Themenkomplex zu verfolgen. Da in den vergangenen ein- einhalb Jahren auch das Verhältnis von Wissenschaft und Politik stark diskutiert wurde, fragt das Wissenschaftsbarometer 2021 auch nach den Einstellungen und Meinungen der Menschen zu Fragen und Prozessen wissenschaftlicher Politikberatung.

Das im Kontext der Corona-Pandemie gestiegene Vertrauen in Wissenschaft und Forschung ist mit 61 Prozent ähnlich hoch wie im November 2020. Nur in den beiden Erhebungen des „Corona-Spezial“ im April und Mai 2020 waren die Werte noch besser. Besonders vertrauen die Menschen den Aussagen der Wissenschaft zur pandemischen Lage (73 %) und noch mehr den Ärzten und medizinischem Personal (79 %). Dagegen stehen behördliche oder amtliche Vertreter sowie die Politik mit Werten von 34 bis 18 Prozent nicht gut da.

Es gibt aber auch skeptische Stimmen: So sind mehr als ein Drittel der Befragten der Meinung, dass Wissenschaftler nicht alle Informationen zum Coronavirus preisgeben und rund ein Viertel der Menschen denkt sogar, dass die Pandemie aufgebauscht wird.

Das hohe Vertrauen in Wissenschaft und Forschung führt auch dazu, dass sich mehr als zwei Drittel der Be-

fragten politische Entscheidungen wünschen, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren. Dreiviertel finden zudem, dass die Wissenschaft politischen Entscheidungen dann öffentlich widersprechen soll, wenn sie wissenschaftliche Erkenntnisse ignorieren. Bei all der Zustimmung befürwortet aber nur rund ein Drittel der Befragten eine aktive Einmischung von Wissenschaftlern in die Politik. Geht es um die Corona-Pandemie begrüßt die Hälfte der Befragten eine öffentliche Empfehlung für bestimmte politische Entscheidungen. Wesentlich weniger wünschen sich mehr Zurückhaltung von der Wissenschaft, indem sie nur Entscheidungsmöglichkeiten und mögliche Konsequenzen erläutert, und nur eine Minderheit möchte, dass Wissenschaftler nur über die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Corona kommunizieren.

Über die Funktionenweise von Politikberatung durch die Wissenschaft meinen 43 Prozent Bescheid zu wissen. Aber weniger als ein Drittel hat eine Idee davon, wie Wissenschaftler für ihre politische Beratungstätigkeit ausgewählt werden.

Zum ersten Mal ist in den Erhebungen im Rahmen des Wissenschaftsbarometers das Internet die Informationsquelle, die von den meisten Befragten (40 %) häufig oder sehr häufig genutzt wird, um sich über Wissenschaft und Forschung zu informieren. Etwas mehr als ein Drittel macht entsprechende Angaben für das Fernsehen. 2018 war das Fernsehen mit 37 Prozent noch der wichtigste Informationskanal (Internet 2018: 35 %).

Mit Blick auf das Internet als Informationskanal bleiben Webseiten und Mediatheken von Nachrichtenmedien mit 48 Prozent die von den meisten häufig oder sehr häufig genutzten Kanäle für Informationen über Wissenschaft und Forschung (2018: 41 %, 2020: 57 %). Seit 2018 haben im Besonderen YouTube und weitere Videoplattformen (2018: 23 %, 2021: 33) zugenommen.

Broschüre zum Wissenschaftsbarometer: https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/Dokumente_21/WiD-Wissenschaftsbarometer2021_Broschuere_web.pdf

Automatische Extraktion von Relationen aus wissenschaftlichen Publikationen

Das Fraunhofer-Institut für Algorithmen und Wissenschaftliches Rechnen (SCAI) und das Softwareunterneh-

men Kairntech (Grenoble) haben einen Wissensgraphen für psychiatrische Erkrankungen, insbesondere Psychosen, erstellt. Wissensgraphen ermöglichen es, unstrukturierte Texte in einem strukturierten, vergleichbaren Format darzustellen. Sie visualisieren Ursache-Wirkungs-Modelle, um medizinischen Fachleuten bei der Entscheidungsfindung über Therapien zu helfen. SCAI und Kairntech verwenden Techniken der künstlichen Intelligenz (AI) und der Verarbeitung natürlicher Sprache (NLP), um Abhängigkeiten und Beziehungen zu extrahieren. Dieser Ansatz ermöglicht es, das gesamte mechanistische Wissen über ein Indikationsgebiet zu erschließen.

Der Großteil des vorhandenen Wissens zu einer bestimmten Disziplin liegt heute als unstrukturierter Text in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen vor. Darin werden zum Beispiel die Wechselwirkungen von Protein X mit der regulatorischen Gensequenz Y oder die Auswirkungen einer Genvariante Z auf den klinischen Verlauf einer Krankheit beschrieben. Nur ein Bruchteil dieses Wissens ist in strukturierter Form verfügbar. Der überwiegende Teil unseres medizinischen Wissens ist in kaum strukturierter wissenschaftlicher Prosa verschlüsselt. Dies gilt auch für den Bereich der psychiatrischen Erkrankungen. Gemeinsam mit Kairntech gelang es nun, die schnell wachsende Literatur auf dem Gebiet der psychiatrischen Erkrankungen in kurzer Zeit automatisiert zu analysieren.

Das Softwareunternehmen Kairntech arbeitet seit 2018 an einer generischen Plattform für KI/NLP-Aufgaben. Das Projekt erforderte eine präzise Erkennung von Entitäten – eindeutig identifizierbare Objekte, über die Informationen gespeichert sind – in der Fachliteratur und deren Verknüpfung mit geeigneten kanonischen Vokabularen. Hinzu kam die Bestimmung geeigneter „Ursache-Wirkungs“-Beziehungen zwischen diesen Entitäten. Schließlich mussten Randbedingungen wie zugehörige biologische Prozesse und Testsysteme bestimmt werden, bevor das Ergebnis in Biological Expression Language (BEL) kodiert werden konnte. <<https://www.scai.fraunhofer.de/en/press-releases/news-26-10-2021.html>>

Tagesspiegel-Papierarchiv sucht neuen Standort

Der Tagesspiegel verfügt über ein Presseauschnittarchiv, das den eigenen Bestand von 1945 bis 1993 lückenlos erfasst und inhaltlich erschließt. Thematischen Zugang zu den Mappen bietet eine natürlichsprachige Klassifikation. Die ca. 700 bis 800 Bordmeter stehen zurzeit in Regalen mit bis zu zehn Ordnerhöhen (keine Kompaktanlage), und

zwar im Zeitgeschichtlichen Archiv des Berlin-Brandenburger Bildungswerks BBB e.V. in Berlin-Marzahn. Die dortigen Räume sollen demnächst anders genutzt werden. Das Archiv braucht einen neuen Standort für dieses zeitgeschichtliche Kulturgut.

Warum muss das Papierarchiv unbedingt erhalten werden?

- Es spiegelt die historische Epoche „Kalter Krieg und geteilte Stadt“, es bewahrt den Blick aus West-Berlin auf die Welt – und auf West-Berlin.
- Die Inhalte dieser Jahrgänge können nicht in Datenbanken abgerufen werden.
- Die Erschließung erlaubt einen unmittelbaren und schnellen Zugriff. Wer etwas über Grippe-Epidemien in West-Berlin wissen will, greift zur Mappe „Berlin \Gesundheitswesen\Erkältungskrankheiten“ und hat sofort alles Wesentliche beisammen.
- Der erschlossene und vollständige Bestand ist eine einmalige und verlässliche Quelle für Forschungen von Politologen, Historikerinnen, Publizisten und Soziologinnen.
- Die Form der Archivierung, die Systematik, die Lexik der Klassenbenennungen, all das ist medien- und journalismusgeschichtlich interessant: Was wurde zu welcher Zeit für wichtig gehalten, und wie wurde es bezeichnet?

Wichtig ist

- dass prinzipiell ein Zugang zum Archivgut besteht.
- dass die wichtigsten Punkte der ISO 11799 beachtet werden in Hinsicht auf Luftfeuchtigkeit, Temperatur und Schutz vor Licht, Brand und Wassereintrich.

Selbstverständlich

- kann und soll das Pressearchiv dann auch genutzt werden, etwa von Studenten und Studentinnen.
- können die Regale mit übernommen werden.
- wird auch die digitale und durchsuchbare Übersicht über die Klassifikation und die Klassenbenennungen mit übergeben.

Wer Interesse hat, den Bestand zu übernehmen, wer Hinweise hat auf Organisationen, die sich dafür interessieren könnten, oder wer den Bestand einfach erst einmal sehen möchte, kontaktiert bitte:

Thomas Friederich. Der Tagesspiegel, Leiter Recherche / Dokumentation, Askanischer Platz 3, 10963 Berlin, 030/29021-14201, thomas.friederich@tagesspiegel.de.

Positionspapier zur Stärkung der MINT-Bildung

Eine gute MINT-Bildung sichert Innovationen und Wohlstand und hilft globalen Herausforderungen wie der Energiewende, dem Klimawandel und der Pandemiebekämpfung zu begegnen. Daher müssen die MINT-Fächer in allen Bildungsbereichen gestärkt werden. Dies fordern Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem aktuellen Positionspapier des Leibniz-Forschungsnetzwerks Bildungspotenziale (LERN). Dieses am DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation angesiedelte Netzwerk an Forschenden aus 25 Einrichtungen aus der Erziehungswissenschaft, Fachdidaktiken, Linguistik, Kultur-, Medien- und Neurowissenschaften, Ökonomie, Politikwissenschaft, Psychologie, Soziologie sowie Informationswissenschaft und Informatik. Das Positionspapier beinhaltet konkrete Verbesserungsvorschläge für die MINT-Bildung. Zentrale Punkte sind der Elementar- und Primarbereich, die digitale Transformation, die Rekrutierung von Auszubildenden für MINT-Berufe sowie im Bereich der Hochschulen:

Im **Elementar- und Primarbereich** sollten mathematisch-naturwissenschaftliche Bildungspläne aufgewertet werden. Gute frühkindliche Bildungsangebote brauchen eine hohe Qualität der Einrichtungen und des Personals sowie ein reichhaltiges Angebot an mathematisch-naturwissenschaftlichen Lerngelegenheiten. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte muss verbessert und die vorschulische Förderung im Bereich Mathematik deutlich ausgebaut werden. Im Grundschulbereich ist eine intensivere Diagnostik und Förderung notwendig, um ein anschlussfähiges Lernen in der Sekundarstufe I zu gewährleisten.

Für die **Stärkung Digitaler Kompetenzen** ist es dringend nötig, Bildungsziele zu erweitern und informatische Kompetenzen zu stärken. Hierzu gehört auch, das pädagogische Personal weiter zu professionalisieren. Das Positionspapier macht deutlich, dass der Aufbau digitaler Kompetenz in der Schule nicht nur die Aufgabe des Fachs Informatik, sondern aller Fächer ist. Dafür braucht es eine Qualifizierungsoffensive für Lehrkräfte und den Ausbau nachhaltiger digitaler Infrastrukturen in den Bildungseinrichtungen.

Um **Menschen für MINT-Ausbildungsberufe zu gewinnen**, muss die große gesellschaftliche Bedeutung der MINT-Fächer und ihrer Ausbildungsberufe besser kommuniziert werden. Oft bleiben Ausbildungsplätze unbesetzt, weil sich junge Menschen ohne die nötige Qualifikation bewerben. Allgemeinbildenden Schulen müssen drin-

gend versuchen, den Anteil an Lernenden zu reduzieren, deren Kompetenzen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern nicht über das Anforderungsniveau der Grundschule hinausreichen. Systematische Forschung muss das Wissen über Gelingensbedingungen und den Abbau von Geschlechterstereotypen erweitern. Denn der Anteil von Frauen in den MINT-Berufen ist nach wie vor zu niedrig.

Die **MINT-Bildung in den Hochschulen muss gestärkt werden**, indem die digitale Hochschullehre für individualisiertes Lernen ausgebaut und der Zugang für internationale Studierende an deutschen Hochschulen erleichtert wird. Ebenso braucht es gezielte Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils. MINT-Fächer werden vornehmlich aufgrund von Leistungsproblemen überdurchschnittlich oft abgebrochen. Hier müssen bereits bestehende Unterstützungsangebote für Studierende ausgebaut werden.

Das vollständige Positionspapier <www.leibniz-bildung.de/bpf21-positionspapier>

Deepfakes sind Gefahr für die Demokratie

Deepfakes sind realistisch wirkende Fotos, Audios oder Videos, die mit Hilfe von KI-Technologien manipuliert wurden. Die täuschend echt aussehenden Medieninhalte lassen sich immer kostengünstiger und einfacher erzeugen. Im Positiven eröffnet die Technik neue Möglichkeiten für digitale Visualisierungen in Kunst, Bildung und der medizinischen Forschung. Im Negativen bergen Deepfakes jedoch große Gefahren für unsere Gesellschaft. Das zeigt der Report „Tackling deepfakes in European policy“ für das Panel for the Future of Science and Technology (STOA) des Europäischen Parlaments. Neben dem niederländischen Rathenau Institut als Projektkoordinator wirkten das am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) angesiedelte Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS), das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung und in Tschechien das Technology Centre CAS mit.

So können über Deepfakes sehr effektiv Fake News und Desinformationen gestreut werden. Sei es indem gefälschte Audiodokumente juristische Prozesse beeinflussen und damit das Justizsystem bedrohen, oder indem Parteien oder Politiker durch fingierte Videos diskreditiert, deren Erfolgchancen minimiert und letztlich das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben wird.

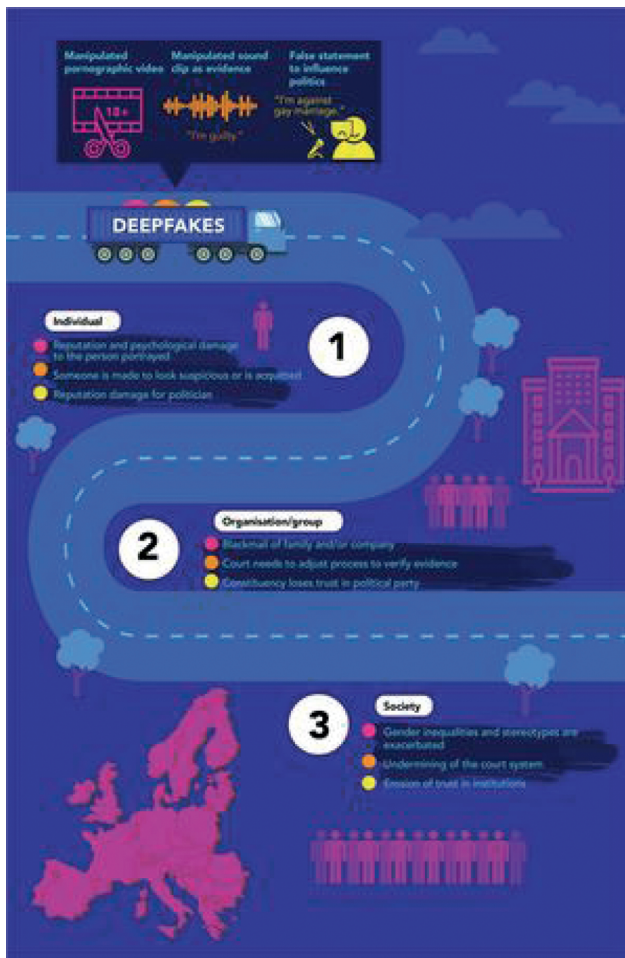


Abbildung 1: Deepfakes können Einzelpersonen, Organisationen oder ganzen Gesellschaften schaden. Schaubild aus der Studie für das Europäische Parlament. (Grafik: Rathenau Institut)

Konkrete Lösungsvorschläge zur Regulierung bzw. Verhinderung von Deepfakes setzen vor allem bei deren Verbreitung durch Internetplattformen und Medienunternehmen an. KI-gestützte Technologien für Deepfakes werden sich jedoch trotzdem weiterverbreiten, so dass wir künftig immer häufiger mit visuellen Desinformationen konfrontiert sein werden. Wie effektive gesellschaftliche Antworten auf Deepfakes aussehen könnten, untersucht aufbauend auf der europäischen Studie derzeit ein interdisziplinäres Projekt am KIT. Ziel ist es, die Erkenntnisse und Ansätze der unterschiedlichen Disziplinen zusammenzuführen. Eine Pilotstudie soll insbesondere die Perspektive von Nutzerinnen und Nutzern genauer untersuchen. Der vollständige Report „Tackling deepfakes in European policy“ für das Panel for the Future of Science and Technology (STOA) des Europäischen Parlaments steht online zur Verfügung. <[https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_STU\(2021\)690039](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_STU(2021)690039)>

Wie sich vertrauenswürdige KI-Systeme gestalten lassen

KI-Systeme bieten ein riesiges Spektrum an Einsatzmöglichkeiten. Doch ihre Verwendung ist mit einer Reihe von ethischen und sicherheitstechnischen Risiken verbunden. Ziel des aktuellen Regulierungsvorschlags der Europäischen Kommission ist daher, den Einsatz von KI-Systemen sicher und vertrauenswürdig zu machen, ohne Innovationen zu hemmen. Die EU hat dazu KI-Anwendungen nach ihrem Gefahrenpotenzial (der sogenannten Kritikalität) klassifiziert.

Im Whitepaper „Kritikalität von KI-Systemen in ihren jeweiligen Anwendungskontexten“ analysieren Fachleute der Plattform Lernende Systeme diesen Vorschlag der Europäischen Kommission. Sie konkretisieren die Kriterien, anhand derer sich die Risiken von KI-Systemen beurteilen lassen und betonen, dass KI-Systeme immer als Einzelfall und vor dem Hintergrund ihres jeweiligen Anwendungskontextes bewertet werden müssen. „Das gleiche System kann in einem Zusammenhang unproblematisch und in einem anderen höchst kritisch sein. KI für die Detektion von Hate Speech dürfte als vergleichsweise unbedenklich gelten. Wenn die gleiche Anwendung aber von einem totalitären Staat genutzt wird, um kritische Stellungnahmen ausfindig zu machen und zu eliminieren, dann fällt die Bewertung gegenteilig aus“, so Jessica Heesen, Medienethikerin der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und Co-Leiterin der Arbeitsgruppe „IT-Sicherheit, Privacy, Recht und Ethik“ der Plattform Lernende Systeme.

Wie kritisch ein System zu bewerten ist und wie stark es reguliert werden sollte, will die EU-Kommission im Vorhinein durch bestimmte Kriterien festlegen. Das Whitepaper der Plattform Lernende Systeme empfiehlt, folgende Fragen stärker in den Blick zu nehmen: ob die Empfehlungen oder Entscheidungen eines KI-Systems Menschenleben oder Rechtsgüter wie die Umwelt gefährden und wieviel Handlungsspielraum dem Menschen bei der Auswahl und Nutzung der Anwendung bleibt, etwa um bestimmte Funktionen abzuschalten. Nach Ansicht der Autorinnen und Autoren müssen die Kontroll- und Entscheidungsmöglichkeiten der Nutzer von KI-Systemen bei der Bewertung der Kritikalität stärker berücksichtigt werden. So ist es etwa ein Unterschied, ob eine KI-Software für den Aktienhandel Verkäufe automatisiert durchführt oder dem Aktienbesitzer lediglich Empfehlungen dafür gibt.

Der Ansatz der Europäischen Kommission, KI-Systeme nach ihrem Gefahrenpotenzial zu regulieren, ist ein notwendiger Schritt auf dem Weg zu vertrauenswürdigen KI-Systemen. Insbesondere für Anwendungen mit höhe-

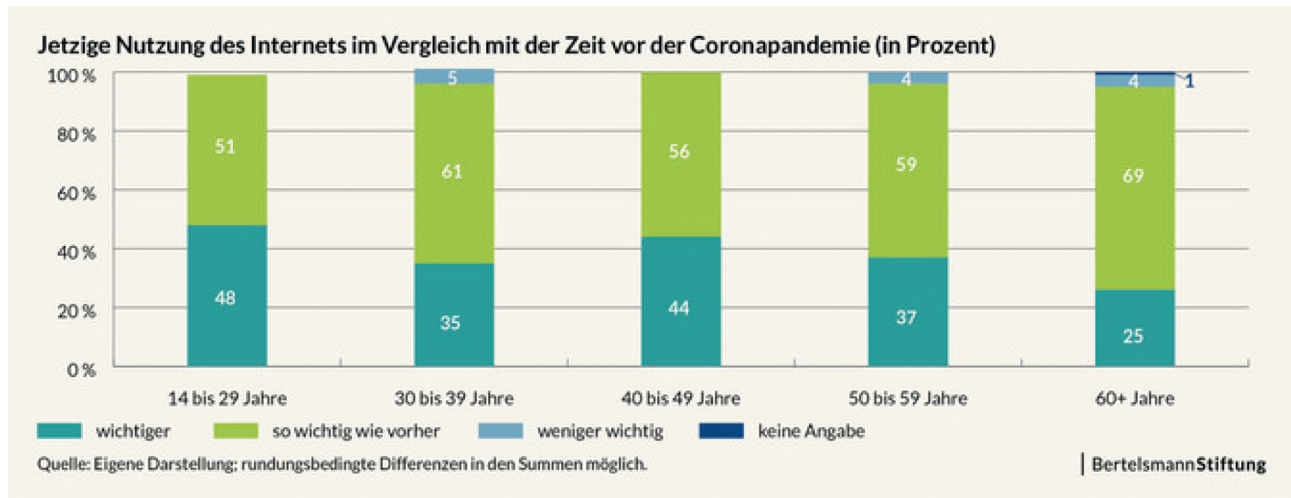


Abbildung 2: Aktuelle Nutzung des Internets im Vergleich zur Zeit vor der Coronapandemie. (Bild: Bertelsmann Stiftung)

ren Autonomiegraden. Doch ist er nicht ausreichend. Denn die Risikoeinstufung gaukelt möglicherweise eine Sicherheit vor, die ohne flankierende nicht-technische Maßnahmen nicht gewährleistet werden kann.

Generell lassen sich die Risiken von KI-Systemen nur bedingt vorhersehen. Anders als bei der Risikoeinschätzung von konventioneller Software lernen KI-Systeme selbstständig während ihres Einsatzes dazu und verändern sich laufend. Die Autorinnen und Autoren des Whitepapers fordern daher, die Regulierung anhand des Risikopotenzials, um weitere Mechanismen zu ergänzen, die während und nach der Anwendung des KI-Systems greifen. Sie schlagen ein Verbraucherschutzregime vor, das Nutzenden niedrigschwellige und zeitnahe Beschwerdemöglichkeiten bietet, etwa bei Diskriminierung durch ein KI-System. Zudem müsse die Verantwortung für die Risiken von KI-Systemen klar über Haftungsregeln aufgeteilt werden. So sollte im B2B-Bereich grundsätzlich der Anwender entsprechend dem Vertragsrecht verantwortlich für die von KI-Systemen gelieferten Ergebnisse sein. Für Anwendungen im öffentlichen Bereich sollte die öffentliche Hand die volle Verantwortung für diskriminierende oder schädliche Konsequenzen im Rahmen des öffentlichen Rechts tragen. <https://www.plattform-lernende-systeme.de/files/Downloads/Publikationen/AG3_WP_Kritikalitaet_von_KI-Systemen.pdf> und <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1623335154975&uri=CELEX%3A52021PC0206>>

Digitale Spaltung der Gesellschaft verschärft sich

Eine repräsentative Bevölkerungsbefragung der Bertelsmann Stiftung „Digital Souverän 2021: Aufbruch in die digitale Post-Coronawelt?“, durchgeführt vom Marktforschungsinstitut Kantar, zeigt anhand des Vergleichs von Daten aus den Jahren 2019 und 2021: Die Pandemie verschärft die digitale Spaltung der Gesellschaft. Der Bruch verläuft entlang den Faktoren Alter, Bildungsgrad und Haushaltsnettoeinkommen: Für vier von zehn Befragten ist die Nutzung des Internets nun noch wichtiger als vor der Coronapandemie. Jüngere Menschen und Frauen messen dem Internet mehr Bedeutung bei als Ältere und Männer. Mit dem Bildungsgrad steigen die Nutzung und der Wert des Internets für die Befragten. Gerade bei den Älteren (60+) nimmt der Studie zufolge jedoch die Bedeutung der Internetnutzung im Vergleich zur Vorcoronazeit ab. Je älter, desto schlechter schätzen die Befragten auch die eigenen Kenntnisse im Bereich digitaler Technologien ein. Der allgemein angenommene „Digitalisierungsschub“ gilt also nicht für die Gruppe der über 60-Jährigen.

Im Vergleich zu 2019 ist am stärksten die selbstständige Suche nach Lösungen (+8 Prozent) gestiegen. Rund die Hälfte der Befragten nutzt nun das Internet, um Antworten zu suchen und Probleme zu lösen. Dies sind vor allem Jüngere (70 Prozent) und 30- bis 39-Jährige (78 Prozent). Je höher das Alter, desto weniger wird diese Option gewählt. Rund die Hälfte hätte gerne Unterstützungsangebote zum Erlernen digitaler Kompetenzen. Hier steht an erster Stelle Hilfe durch Lernvideos oder Onlinekurse (58 Prozent), gefolgt von Lernangeboten außerhalb des Internets (Volks-

hochschulen und Bibliotheken) sowie telefonischer und persönlicher vor Ort Unterstützung durch Computerexperten. <<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/november/digitale-spaltung-der-gesellschaft-verschaerft-sich>>

Blockchain im Compliance-Umfeld

Rechtzeitig mit der ersten Architekturspezifikation des GAIA-X-Projektes zum Aufbau einer eigenen europäischen Dateninfrastruktur hat der DIN-Arbeitskreis Records Management nach knapp zweijähriger Arbeit die Technische Spezifikation (TS) 31648 des Deutschen Instituts für Normung (DIN) fertiggestellt. Der Arbeitskreis formuliert dort Standards zum Beispiel zur Beweiswerterhaltung kryptographisch signierter Dokumente, wie in der DIN-Norm 31647 festgelegt. Die jüngst veröffentlichte DIN-TS31648 definiert die Kriterien – und damit einen der ersten Standards – für vertrauenswürdige Transaktionen in Systemen, die auf Blockchain-Technologie (DLT–Distributed-Ledger-Technologie) aufbauen. Der Arbeitskreis wird von Vertretern aus Wirtschaft, Verbänden und Institutionen wie dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gebildet. Das Hamburger IT-Unternehmen Deepshore ist auf Compliance-Themen spezialisiert und hat sein Spezial-Know-how in den Standard eingebracht.

Das von Deepshore entwickelte Blockchain-basierte Cloud Native Archive erfülle bereits die Aspekte einer DSGVO- oder GoBD-Compliance und bewähre sich in der Praxis. So konnten die 2019 entwickelten grundlegenden Konzepte und Verfahren nun durch den DIN-Arbeitskreis genutzt werden. Diese wurden zuvor im Rahmen einer Forschungs- und Entwicklungskooperation u. a. mit dem Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik erarbeitet. Teile dieser Grundlagen sind bereits als Whitepaper veröffentlicht worden (https://deepshore.de/user/pages/02.knowledge/Deepshore_White-Paper_Private-Blockchain_DE.pdf?g-d8ff3b42) und flossen in die Modellierung der neuen DIN-Spezifikationen ein.

Digitalisierung von De Gruyter Book Archive abgeschlossen

De Gruyter hat sein über 53.000 Titel umfassendes und bis 1749 zurückreichendes Verlagsarchiv digitalisiert. Damit kommt das 2017 begonnene Projekt De Gruyter Book Archive zum Abschluss. Alle gescannten und katalogisierten

Titel sind nun digital auf [degruyter.com](https://www.degruyter.com) und als Print-on-Demand-Buch verfügbar.

Das Archiv dokumentiert über 270 Jahre deutscher und europäischer Geistes- und Wissenschaftsgeschichte und macht sie dauerhaft zugänglich. Es umfasst auch das Programm der Vorgängerverlage Georg Reimer, G.J. Göschen, I. Guttentag, Karl I. Trübner und Veit & Comp., als deren Zusammenschluss sich der Verlag Walter De Gruyter 1923 gründete.

Das Archiv ist damit nicht nur eng mit Namen wie Klopstock, Wieland, Goethe, Schiller, Fichte, Humboldt, Schleiermacher, Tieck, Novalis, Kleist oder den Brüdern Grimm verbunden. Es stellt auch ein in Umfang und Tiefe einzigartiges Archiv der deutschen Klassik und Romantik, des Vor- und Nachmärz, sowie der aufkeimenden Begeisterung für Medizin und Naturwissenschaften im Zuge der Aufklärung dar.

Zu den digitalisierten Highlights aus 270 Jahren gehören so unterschiedliche Klassiker wie Lessings Hamburgische Dramaturgie, das Lehrbuch der Arithmetik und Algebra von August Crelle, die Gesammelten Abhandlungen zur allgemeinen Muskel- und Nervenphysik von Emil Du Bois-Reymond, das Etymologische Wörterbuch der deutschen Sprache von Friedrich Kluge, dessen 26. Auflage derzeit in Vorbereitung ist, oder Die geistige Situation der Zeit von Karl Jaspers.

Der Verlag arbeitete eng mit Partnerinstitutionen zusammen, um die Archivtitel zu identifizieren, aufzufinden und zu scannen. Die Staatsbibliothek zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz etwa stellte aus ihren Beständen zahlreiche De-Gruyter-Buchtitel leihweise und zum Zwecke der Digitalisierung zur Verfügung. Alle Titel wurden zum Partner Datagroup geschickt, dort sorgfältig retro-digitalisiert und in einem weiteren Schritt von Hand optimiert. An der Verwirklichung des Projektes waren etwa 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei De Gruyter und Datagroup beteiligt.

Mit Projektabschluss sind alle Archivtitel nun als indexierte PDF-Dateien mit Volltextsuche auf [degruyter.com](https://www.degruyter.com) verfügbar. Sie sind durch DOI und MARC-Records auffindbar und für Bibliotheken als Gesamtpaket, Einzeltitel oder in individuell zusammengestellten Paketen erhältlich.

De Gruyter hatte 2017 entschieden, das komplette Verlagsarchiv zu digitalisieren, nachdem man zuvor mit dem On-Demand-Service edition bereits 10.000 vergriffene Titel wieder zugänglich gemacht hatte. <www.degruyter.com>

Whataboutism – Glaubenssätze statt Fakten

Sexismus oder Rassismus, Klimawandel, Coronapolitik oder Impfen. Eines haben diese großen Debatten unserer Zeit gemeinsam: den Whataboutism. Immer wieder wenden Menschen diese Argumentationstechnik an. Gemäß Oxford Living Dictionary wird dabei eine Anschuldigung oder eine schwierige Frage mit einer Gegenfrage beantwortet. What about...? – Was ist mit...? Diesen so genannten Whataboutism erleben wir gefühlt intensiver als früher.

Wer mit der Technik des Whataboutism agiert, hat oftmals das Ziel, vom eigentlichen Kern des Diskurses abzulenken. Zum Beispiel: Leute machen sich stark gegen die Benachteiligung der Frau. Von der Seite des Whataboutismers kommt dann ein Kommentar à la: „Naja, aber es gibt auch Männer, die von Frauen diskriminiert werden!“ Bei Kindern kennen wir so etwas ja auch: „Du hast genascht!“ – „Nein, hab‘ ich nicht, aber der andere hat doch auch!“ Ob beim Kind oder beim Metoo-aber-auch-Männer-sind-Opfer-Typ: Diese Personen fühlen sich im Innersten ertappt. Einerseits müssen sie den Argumenten des Gegenüber irgendwie recht geben, da sie oft als ziemlich klar und eindeutig daherkommen. Das können Fakten, Statistiken oder eben genaue Beobachtungen sein. Andererseits kommt es für sie überhaupt nicht in Frage, dem anderen recht zu geben – auf gar keinen Fall. Also was tun in dieser kommunikativen Zwickmühle? Schnell den Kontext verändern und schon hat man die Aussage irgendwie zurechtgebogen.

Schmalspur-Argumentation at its best

Obwohl diese Art der Gegenargumentation so durchsichtig wie auch dünn daherkommt, ist es als Gesprächspartner oft schwierig, dagegen wieder eine Replik zu setzen. Erst recht, wenn der Whataboutism-Anwender sein Notprogramm fährt: Wenn auch die schwächste Argumentation nichts mehr bringt, hat sich in den letzten Jahren das Gesprächskillerwort „Fake-News“ nach dem Motto „ist eh alles manipuliert“ ganz gut etabliert. Dieser Tatbestand ist

auch die größte Problematik: Fakten werden nicht mit Gegenfakten belegt, sondern mit Glaubenssätzen. Das kann nicht funktionieren. Man selbst legt eine Statistik einer demokratisch legitimierten Regierung vor – und wenn das Gegenüber zutiefst der Überzeugung ist, dass „alle Regierungen eh lügen“, kommt man im Dialog nicht weiter.

Wer einen Whataboutism gegenüber hat, kennt das: Es wird schnell mühsam und man beginnt sich zu nerven. Im Eltern-Kind-Dialog kommt dann logischer- und meist auch sinnvollerweise das Schwert der Hierarchie zur Anwendung. „Ich hab‘ nicht genascht, aber der andere hat ja auch“ muss nicht gegenargumentiert werden. Mit einem „Ich hab‘ dich erwischt, du machst das nicht mehr – basta“ ist die Schlaufe unterbrochen. Die gute Stimmung vielleicht auch? Das gehört zu modernen wie traditionellen Erziehungsmaßnahmen eben dazu...

Patt-Situation oder berühmt berüchtigter Keil

In politischen und gesellschaftlichen Diskussionen enden solche Dialoge dann meist im Patt. Oder eine Seite gibt auf. Oder man verlässt einander genervt. Doch was tun im Familien- und Freundeskreis genau wie im beruflichen Kontext, unter Kollegen oder Parteifreunden, im Verein oder am Stammtisch? Welche Möglichkeit gibt es, um den Keil nicht weiter hineinzutreiben – erst recht, wenn sich einmal wieder alles um so etwas wie Corona-Maßnahmen oder Impfpflicht dreht? Was funktioniert jetzt noch, um Beziehungen wegen solchen Themen nicht scheitern zu lassen?

Die Lösungen sind so einfach wie wirksam: Entweder, man spricht den Whataboutism an – oder man klammert das entsprechende Thema von vornherein aus: „Ich stelle fest, dass wir hier uns nicht annähern. Lass uns doch dieses Thema verlassen und reden wir über... – wäre das ein Vorschlag?“ Das kann funktionieren, tut es auch oft – muss aber nicht. Denn auch zum Themaauklammern gehört die Bereitschaft beider Seiten – wie es eigentlich immer ist, wenn in der Kommunikation ein Dialog stattfinden soll.

Stefan Häseli

<https://stefan-haeseli.com/>